

StZPlus Bund gibt kein Geld

„Eine Frechheit“ – Frust in Enzweihingen über Streichung des B10-Ausbaus

22.09.2025 - 17:38 Uhr



Der Verkehr quält sich auf der B10 durch Enzweihingen. Foto: Simon Granville)

Staus auf der B10 plagen in Vaihingen-Enzweihingen im Kreis Ludwigsburg die Einwohner – eine Umfahrung soll her. Jetzt kommt aber raus: Der Bund gibt für das Projekt kein Geld.



Oliver von Schaewen

Die Bewohner von Enzweihingen sind genervt – täglich wälzt sich eine Kolonne von rund 30.000 Fahrzeugen durch die Ortschaft. In Plakaten verschafft sich der Frust über Lärm und Gestank zuweilen Luft. Und das geht seit vielen Jahren schon so. Die **Hoffnungen auf eine Ortsumfahrung**, wie sie von Politikern und Behörden in Aussicht gestellt war, erhalten einen empfindlichen Dämpfer.

Die Nachricht aus dem Bundesverkehrsministerium, wonach bundesweit an **eine ganze Reihe von Projekten im Straßenbau der Rotstift angesetzt werden** müsse, ist erst wenige Tage alt. Die Enzweihinger **Ortsumfahrung** befindet sich in prominenter Gesellschaft. Erwischt hat es auch den Ausbau des Alaufstiegs auf der Autobahn 8 zwischen Mühlhausen und Hohenstedt. Insgesamt bläst der Bund 17 Projekte in Baden-Württemberg zunächst bis zum Jahr 2029 ab.

Kein Geld sei da – so lautet die ebenso einfache wie beunruhigende Botschaft, was angesichts der Versprechungen der Bundesregierung hinsichtlich des Sondervermögens auch die Bürger der 29.000-Einwohner-Stadt Vaihingen überrascht haben dürfte. Das Projekt schien in jüngster Zeit aber auch aus dem Blickfeld der Enzweihinger geraten zu sein: Bei einem Bürgerdialog der Verwaltung war im rund 4000-Einwohner-Ort im November 2024 nicht mehr nach dem Stand der Planung gefragt worden.

Die Kostenschätzung dürfte überholt sein

Wie teuer die **Umfahrung** wird, ist nicht klar: Zuletzt hatte das Regierungspräsidium Stuttgart im Jahr 2009 die Kosten geschätzt. Die damals ermittelten 32,9 Millionen Euro dürften angesichts exorbitanter Anstiege im Bausektor und der zwischenzeitlichen Inflation überholt sein. Offenbar ein weiterer Grund dafür, dass das Bundesverkehrsministerium an dieser Stelle die Reißleine zog.

Fehlende Gelder lassen die Vertreter der FDP jedoch nicht gelten. Christian Jung, verkehrspolitischer Sprecher der Liberalen im Landtag, sprach über die Streichliste von einer „Giftliste, die eine Bankrotterklärung der Verkehrspolitik“ darstelle. Jung forderte die Regierung auf, den Bundeshaushalt zugunsten solcher Projekte umzuschichten.

Ins gleiche Horn wie ihre Parteikollegen bliesen nun auch die FDP-Vertreter vor Ort. „Es ist eine Frechheit gegenüber den Enzweihingern, die sich seit vielen Jahrzehnten für eine Ortsumfahrung der **B10** einsetzen“, schimpfte Jon F. Buchmüller, Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes Vaihingen-Sachsenheim. Er könne den vom Ministerium genannten finanziellen Engpass von 12 Milliarden Euro bis 2029 nicht nachvollziehen, da die Sondervermögen gerade zugunsten der Infrastruktur aufgenommen worden seien. Die Streichung sei „eine Katastrophe“.

Ganz unerwartet kam die Bruchlandung des Projekts im Vorort der Kernstadt Vaihingen jedoch nicht. Zuletzt hatte selbst Oberbürgermeister Uwe Skrzypek Zweifel an der Finanzierbarkeit ausgesprochen. An dem Projekt werde munter weitergeplant, aber es fehlten die Mittel, weil nach dem Einsturz der Dresdener Carolabrücke nun schadhafte Brücken priorisiert würden, hatte der Rathauschef noch im Januar orakelt – und sollte Recht behalten.

Dabei erkennt der OB die Nöte der Enzweihinger durchaus an. Es müsse Alternativen geben, den Belastungen beizukommen. Die Stadt habe mit einem Lärmaktionsplan für Tempo 30 gesorgt und zwei stationäre Blitzgeräte errichtet. „Erstmals in der Geschichte unserer großen Kreisstadt“, sagt Skrzypek und erwähnt den Ausbau des Radwegnetzes vom Teilort in die Innenstadt über die alte Trasse der Württembergischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Der Bedarf für die Umfahrung gilt als „vordringlich“

Ist der Dämpfer aus Berlin endgültig? Das Regierungspräsidium (RP) Stuttgart stütze sich bisher auf die Vorgaben des Bundesverkehrsministeriums, wonach der Bedarf laut Fernstraßenplanung „vordringlich“ sei. Das RP hatte erst vor vier Jahren den Beschluss zur Planfeststellung verkündet. Laut Gutachten sollte der Verkehr mittels Umfahrung bis 2030 um 77 Prozent reduziert werden können, bei einem Abbau des Schwerverkehrs um 94 Prozent.

Weiterkämpfen will der Enzweihinger Ortsvorsteher Matthias Siehler, der rund 20 Jahre lang für die Freien Wähler im Gemeinderat saß. „Es ist kein Stopp, es fehlt nur die Finanzierung“, sagt er. Das Ziel müsse sein, möglichst im Jahr 2027 Rechtskraft in die Planungen zu bekommen.

Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim aus dem Jahr 2023 infolge einer Klage des Naturschutzbundes Baden-Württemberg müsse das RP sowieso noch Grundwasser und Tierarten untersuchen – das brauche noch Zeit. Für Siehler eine Zwischenetappe, bis wieder genug Geld in der Staatskasse für eine Umfahrung da sei: „Tempo 30 und Blitzgeräte reichen nicht aus.“ Störend seien vor allem aufbrausende Motorräder und laute Lastwagen.

Die Brücke über die B10 muss dringend saniert werden

Zumindest die Brücke über die B10 könnte aber in den kommenden Jahren saniert werden. Das Bauwerk hatte bei den jüngsten Prüfungen mit der Note 3,5 abgeschnitten, was als schlechter Wert gilt. Die Schäden an der mehr als 70 Jahre alten Brücke sind erheblich. Das RP prüft deshalb, ob sogar ein Neubau notwendig ist. Die Ergebnisse der Voruntersuchungen sollen aber erst in der ersten Hälfte des Jahres 2026 vorliegen.